

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Mittag

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Toni Schuberl

Abg. Florian Köhler

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Christiane Feichtmeier

Abg. Josef Lausch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten

**Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp u. a. (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung wiederherstellen
(Drs. 19/1595)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Martin Mittag für die CSU-Fraktion.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Im Jahr 1974 kam ein deutscher Film, ein Drama heraus. Der Film hat 93 Minuten gedauert und hatte den Titel "Angst essen Seele auf". Seit 2021 erlebt ganz Deutschland ein Drama, mit dem Titel "Ampel-Regierung – Ideologiestreit unter Koalitionspartnern

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da fällt dir nichts Besseres ein?)

und ausbleibende Entscheidungen fressen die deutsche Wirtschaft auf".

(Toni Schuberl (GRÜNE): Oh mein Gott!)

– Kollege Schuberl, Sie dürfen sich gern zu Wort melden. Ich habe Sie vorhin schon gefragt. Sie sind wirklich der Meinung, dass das gute Wirtschaftspolitik ist? Ich werde Ihnen gleich sagen, warum das nicht der Fall ist.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Sie dürfen mir ruhig zuhören, alles gut.

Wirtschaftspolitik ist heute mehr denn je auch Energiepolitik. Nicht dass es gleich wieder heißt – der Kollege Schuberl hat schon angefangen, "Mimimi" zu machen –, es geht immer nur gegen die Ampel, ohne sich Gedanken um Lösungen zu machen.

Das stimmt im Übrigen nicht; denn seit 2021, seit es die so erfolglose Regierung gerade im Bereich der Wirtschaft gibt, haben wir unzählige Ideen, Vorschläge und Aufforderungen aus Bayern nach Berlin getragen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wirklich?)

Das Problem ist nur, dass Berlin sie entweder nicht verstehen kann oder nicht verstehen will, zumindest sind sie nicht einmal im Ansatz angenommen worden.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Kein einziger Haushaltsantrag wurde im Bundestag gestellt!)

– Kollege Schuberl, Sie dürfen sich so oft melden, wie Sie wollen. Ich werde aber nicht aufhören zu reden, bloß weil Sie schreien. Wer schreit, hat nicht unbedingt recht. Aber das wissen Sie eigentlich ganz genau.

Ich möchte aber trotzdem mit unserem Antrag wieder einmal eine Art Vorschlag oder Handreichung – vielleicht auch an die Oppositionsparteien im Landtag, die in Berlin noch regieren – machen. Wir fordern den Bund mit unserem Antrag über die Staatsregierung auf, sich klarzumachen, wie wichtig es ist, um die Wirtschaft richtig zu kämpfen und sich um folgende Themen zügig zu kümmern; denn eines kann nicht sein – das müsste sogar im Sinne von Herrn Schuberl sein –, dass Deutschland und somit alle anderen Bundesländer Wirtschaftschampions waren, aber jetzt zum Absteiger mutieren, gerade auch dann, wenn uns die europäischen Nachbarn mit Schwung überholen. Die Entwicklung zeigt eindeutig und sehr klar, dass es um ein selbstverschuldetes Absteigen handelt, das Absteigen ausschließlich auf die stümperhafte Wirtschafts- und Energiepolitik der Bundesregierung zurückzuführen ist.

Ich werde jetzt noch ein paar weitere Punkte aufrufen, auch wenn es Herrn Schuberl nicht gefällt. Im Bereich Wirtschaft sind so viele Fehlentscheidungen getroffen worden, dass die Probleme in wenigen Jahren gar nicht zu lösen sind. Man könnte jetzt natürlich wieder anfangen, über das Thema Kernkraft zu reden. Da Sie auf diesem Ohr eh taub sind, lasse ich es. Es war aber ein wahnsinniger Fehler und eine große Entscheidung, die uns ganz, ganz viel gekostet hat. Wenn ich "uns" sage, meine ich unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch jeden einzelnen Bürger; denn Energiesicherheit ist ein ganz wichtiger Faktor. Auch da hat die Bundesregierung versagt.

Ein weiteres Thema sind die Strompreise. Es wird immer erzählt, Herr Habeck mache das spitzenmäßig. Wenn es spitzenmäßig wäre, hätten wir nicht einen um durchschnittlich 13 Cent pro Kilowattstunde höheren Strompreis als die anderen Länder Europas.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Schuberl, hören Sie gut zu, denn das ist ganz wichtig. – Solche Wettbewerbsunterschiede führen dazu, dass wir überhaupt nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Wir sind gar nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir sind auf einem absteigenden Ast, was selbstverschuldet ist. Das bedeutet für ganz Deutschland, also auch für den Freistaat Bayern, einen massiven Standortnachteil.

Versorgungssicherheit wäre ein Gebot der Stunde. Daran hat der Bund kein großes Interesse. Wenn wir dann auch noch Vorschläge wie die der Bundesnetzagentur hören, dass die Industrie ihre Produktionen möglichst dann hochfahren solle, wenn Wind und Sonne passen, ist das ein Trauerspiel. Das ist eigentlich eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das zeigt auch ganz klar, dass hier für die Wirtschaft null Komma null Verständnis besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Neben der Sicherheit und der Bezahlbarkeit geht es natürlich auch um das Thema "Einklang mit den erneuerbaren Energien" – das wird die GRÜNEN zumindest dann ein bisschen freuen, wenn sie genau zuhören –; dazu sind wir auch bereit, das wollen wir tun. Auf diesem Gebiet hat der Freistaat Bayern bereits sehr viel gemacht: Wir haben die Genehmigungsbehörden aufgestockt, wir haben eine bayerische Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht und sind bei den erneuerbaren Energien sowieso Spitzenreiter.

Das Thema Biogas wird von den GRÜNEN immer als besonders unwichtig bezeichnet, denn Grundlastfähigkeit – das hat sogar Herr Stümpfig einmal gesagt – sei nicht so wichtig. Wichtig sei, dass wir flexibel seien. Ich glaube, die Grundlast ist ein ganz, ganz wichtiges Thema. Sie haben nichts verstanden. Deswegen sind wir mit Ihrer Bundespolitik jetzt leider da, wo wir sind.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Herr Stümpfig, Sie haben sich doch schon gemeldet. Reden Sie doch danach mit mir.

Zusammengefasst kann man zu Recht sagen: Ja, der Freistaat Bayern hat sehr, sehr viel für die Wirtschaft getan. Aber der Freistaat Bayern ist abhängig von Bundesentscheidungen, und diese sind katastrophal.

Jetzt kommen wir auf den Antrag zu sprechen, damit man nicht sagt, ich hätte zum Antrag nicht genug gesprochen. Wir fordern eine Kraftwerksstrategie, und zwar für alle Regionen in Deutschland, weil zum Beispiel auch die Kernfunktion ein Thema sein wird. Aber da halten sich die Ideologen der GRÜNEN wieder die Ohren zu.

Wir fordern eine stärkere Förderung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energiequellen Geothermie, Bioenergie und Wasserkraft. Herr Stümpfig spricht dagegen bereits seit einigen Jahren nur noch von Windrädern; ich habe mit ihm im Wirtschaftsausschuss

zu tun. Das ist einseitig und nur ein Ideologiethema, mit dem wir ein großes Problem haben.

Wir brauchen bessere Stromübertragungsnetze, ohne im Endeffekt zu sagen: Wir machen jetzt einmal irgendetwas, jemand wird es schon mittragen. Nein, wir müssen gemeinsam mit den Menschen handeln. Auch das wird leider in Berlin anders gesehen.

Es wäre wichtig, die Wasserstoffwirtschaft hochzufahren, weil auch das ein Thema der Speicherung ist. Gerade das müsste auch den GRÜNEN bezüglich der erneuerbaren Energien so wichtig sein. Das Gleiche gilt für Batteriespeicher. Hier kommt vom Bund null Komma null.

Genauso wenig gibt es beim Energieangebot ein Steuerungssystem. Das wird schon lange gefordert. Das wäre wichtig, weil wir die Technologieoffenheit natürlich wahren müssen – nicht einseitig, wie es die grüne Seite möchte, sondern wirklich offen gestaltet.

Ein stärkeres Engagement des Bundes brauchen wir natürlich auf EU-Ebene. Wenn uns andere Länder, auch was Preise angeht, abhängen können, hat der Bund wahrscheinlich irgendetwas falsch gemacht. Dann muss man mit der EU vielleicht einmal anders reden, als man es tut. Wahrscheinlich tut man es jetzt gar nicht.

Deutschland ist leider – das muss man so sagen – in der Energieversorgung und Energiepolitik schon so weit weg und hängt so weit hinterher, dass es sehr schwierig wird. Ich habe es vorhin schon gesagt. Deswegen braucht es ganz dringend schnelle Veränderungen. Das Drama "Ampel-Regierung", das ich beschrieben habe, ist leider nicht wie bei uns zu Hause am Fernseher einfach umzuschalten oder abzuschalten. Leider wird es bis zur Bundestagswahl im nächsten Jahr dauern. Nehmen Sie jetzt zumindest die Chance wahr, dieses eine Jahr noch zu nutzen und die Wirtschaft zu unterstützen. Sehen Sie den Antrag nicht als politischen Aufruf, sondern sehen Sie ihn als Hilferuf der Wirtschaft, hier etwas zu tun. Es wäre mehr als dringend nötig. Vielleicht – aber auch nur vielleicht – nehmen Sie diese Gedanken mit nach Berlin und

versuchen dort, sich dafür einzusetzen, dass es unserer Wirtschaft gut geht; denn eine starke Wirtschaft bedeutet Wohlstand und Sicherheit. Nicht von oben herab, sondern gemeinsam mit den Menschen zu handeln würde auch Ihnen sehr, sehr gut stehen.

Deswegen bitte ich um Unterstützung für den Antrag. Es ist ein Vorschlag. Sonst wird immer beklagt, es würden keine Vorschläge gemacht. Diesen Vorschlag machen wir hiermit. Nehmen Sie ihn an, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor, die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Prof. Hahn, AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Mittag von der CSU, also erstmal: Wenn man den Titel Ihres Antrags hört, denkt man, ja, da ist eigentlich etwas Richtiges dran. Nur: Wenn man dann hört, was Sie sagen, die Ampel habe ausschließlich zu verantworten, dass wir diese teuren Energiepreise haben, dann sage ich Ihnen: Vor der Ampel war 16 Jahre Bundeskanzlerin Merkel mit der CSU an der Regierung. Sie haben genau diese Energiewende vollzogen, von der Sie jetzt die Rolle rückwärts machen. Sie sind ja auch mit Herrn Ministerpräsident Söder dafür verantwortlich, dass diese Ampel überhaupt in Regierungsverantwortung kam.

Jetzt zum Inhalt: Sie wollen mehr Bioenergie. Sie wissen, dass wir in diesem kleinen Land Deutschland mit 84 Millionen Einwohnern ohnehin schon zu intensive, sage ich einmal, Bedürfnisse haben, was Felder, was Land angeht. Wenn Sie noch mehr Mais anbauen in diesem Land, dann ist bald für Naturschutz und Lebensmittel nichts mehr da.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Prof. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Deshalb die Frage: Wann müssen Sie denn Nord Stream 2 wieder in Funktion setzen? Wann machen Sie Atomkraft wieder fit, damit wir eine Alternative haben?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Prof. Hahn. – Herr Mittag, Sie haben das Wort.

Martin Mittag (CSU): Also, auf die Nord-Stream-2-Diskussion brauche ich bei den Russlandfreunden von der AfD, glaube ich, jetzt nicht einzugehen. Das werde ich mir auch sparen.

Was mir eigentlich viel wichtiger ist, Herr Prof. Hahn: Sie haben einfach nicht zugehört. Ich habe nicht die Bundesregierung dafür verantwortlich gemacht, dass der Zustand seit dem Jahr 2021 so ist, sondern dafür, dass sie an dem Zustand von 2021 nichts geändert hat, obwohl wir sehr, sehr viele richtige Vorschläge gebracht haben. Das, glaube ich, werfe ich der Ampel-Regierung zu Recht vor.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Mittag, Sie haben gesagt, dass die Versorgungssicherheit bei der Stromversorgung nicht gegeben gewesen wäre. Das ist eine Lüge. Die Kraftwerkskapazitäten in Deutschland waren stets und jederzeit so hoch, dass Deutschland jederzeit seinen Strombedarf, auch zur Spitzenlast, immer selber hätte decken können.

Kraftwerke sind von den Betreibern abgeschaltet worden, wenn der Import günstiger war. Dabei machen auch die drei Atomkraftwerke mit ihren sechs Prozent Stromversorgung nichts aus. Wir haben Strompreise und Gaspreise gehabt, die wegen der CSU und der Abhängigkeit von russischem Gas durch die Decke gegangen sind. Die Strom- und die Gaspreise sind jetzt niedriger als zum Ende der Ära Merkel, als die CSU noch an der Regierung war.

Wir haben den Ausbau der erneuerbaren Energien gegen den Widerstand der CSU extrem vorangebracht. Die Speicherkapazitäten verdoppeln sich jedes Jahr, CO₂-Ausstoß und Kohleverbrennung sind so niedrig wie seit den 1960er-Jahren nicht mehr. Diese Regierung sorgt für die Anpassung an die Herausforderungen der Zukunft, und Ihre Politik der Vergangenheit gehört, Gott sei Dank, der Vergangenheit an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Herr Mittag. Bitte.

Martin Mittag (CSU): Also, Herr Kollege Schuberl, mich der Lüge zu bezichtigen. Das würde ich mir einmal genau ansehen, weil das keine Lüge, sondern die Beschreibung des Ist-Zustandes ist. Uns zu erzählen, dass Deutschland da gut genug aufgestellt sei. Schauen Sie, wie viel wir importieren in das Land. Das ist schon ein Thema.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie haben es nicht verstanden!)

– Ich habe Sie schon verstanden. Hören Sie auf, immer so unflätig hereinzuschreien. Sie kriegen es einfach nicht hin, sich anständig zu benehmen. Ich bin Ihnen gegenüber auch anständig. Das würde ich als Erstes einmal einfordern.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt, Herr Kollege Schuberl: Wenn diese Ampel-Regierung, die Sie jetzt hier als so toll beschreiben, so toll wäre, wären wir nicht in der wirtschaftlichen Situation, in der wir jetzt sind, und zwar ein Schlusslicht. Wir waren einmal Champions. Sie machen unser Land kaputt. Sehen Sie das endlich ein. Sie sind einer dieser Ideologen, die dieses schreckliche Drehbuch des Dramas Ampel-Regierung schreiben.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste auf der Besuchertribüne! Ich finde es schon interessant und lobenswert, dass Herr Mittag attestiert, dass die Bundesregierung – Anmerkung: -regierungen! – energiepolitisch versagt haben. Sie haben – das muss man ja auch so offen und ehrlich sagen – unter CSU-Beteiligung einen energiepolitischen Offenbarungseid geleistet.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag ist zwar gut gemeint, aber der Regierungspraxis von CSU und FREI-EN WÄHLERN hält dieser Antrag nicht stand. Sie wollen mit dem Antrag – das haben Sie schön dargestellt – eine sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Sie kommen dann auch zu dem Schluss, dass es dafür grundlastfähiger Energiequellen bedarf, aber fordern lediglich Geothermie, Bioenergie und Wasserkraft.

Die Deutschen zahlten neben den Niederländern und Belgiern im Jahr 2023 europaweit die höchsten Strompreise, im Schnitt 41 Cent pro Kilowattstunde. Kunden in Bulgarien zahlten 11,4 Cent, in Polen 17,7 Cent, in Frankreich, mit seinen wunderschönen Kernkraftwerken, 23,2 Cent. Finnland mit einem Energiemix von Kernkraft und ja, auch mit sogenannten erneuerbaren Energien, kommt auf 23,8 Cent pro Kilowattstunde. Die Wahrheit ist: Ihre Energiewende und Ihr Festhalten an der ideologisch begründeten grünen Transformation führt zu hohen und unbezahlbaren Strompreisen hier in Deutschland.

In der Zeit von 2006 bis 2023 ist der Strompreis in Deutschland um fast 111 % gestiegen. Grund: Energiewende, EEG-Umlage, Ausstieg aus der Kernkraft, dann auch noch der Ausstieg aus der Kohlekraft. Wir haben so absurd hohe Stromkosten, weil wir Gaskraftwerke brauchen, um den Bedarf und den erneuerbaren Energiequellen den Rücken zu decken.

Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Die Strompreise sinken, wenn ausnahmslos alle Energiequellen genutzt werden, geplante Kraftwerksstillegungen ausgesetzt werden und sämtliche stillgelegten, aber verfügbaren Kohlekraftwerke nebst inländischen Kohlebezugsquellen wieder in Betrieb genommen werden.

Einen Ausbau der Stromtrassen bräuchte man auch nicht in diesem Ausmaß, wie es geplant ist, wenn man hier in Bayern auf Kraftwerke setzen würde und nicht auf Windstrom aus dem Norden. Da beißt sich Ihr Antrag in den eigenen Schwanz: Sie fordern eine Kraftwerksstrategie. Das geht ganz einfach: 113 Kernkraftwerke werden weltweit gebaut. Wir sind ausgestiegen. Bauen Sie Kraftwerke in Bayern! Ende! Gern geschehen.

(Beifall bei der AfD)

Sie müssten sich zwar eingestehen, dass Ihr vorauseilender Gehorsam damals, auch beim Atomausstieg, falsch war und wir Kernkraftwerke oder Kraftwerke allgemein brauchen, um ein prosperierendes Land zu bleiben bzw. zu sein. Da muss ich dann fragen: Warum stellen Sie nicht einmal so einen Antrag, auch im Bundestag? – Im Bundestag haben Sie einen solchen Antrag in der Vergangenheit immer abgelehnt.

Sie singen am Ende des Tages das Lied der GRÜNEN. So einfach ist das. Ich weiß, Sie träumen auch noch vom Wasserstoffkraftwerk und vom Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Aber wo sind die Wasserstoffkraftwerke und wo ist der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft? Das ist hochsubventioniert, und ohne die Infusion mit Steuergeld gäbe es keine Wasserstoffwirtschaft.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Forderung nach Technologie ist im Kern zwar richtig, aber ich traue Ihnen da nicht. Das sage ich Ihnen auch bei aller Ehrlichkeit. Das ist das Papier nicht wert, auf dem das steht. Bei aller Liebe, aber im EU-Parlament hat sich die CSU beispielsweise

bei der entscheidenden Abstimmung zum Verbrennerverbot enthalten. So kam das Verbrennerverbot im EU-Parlament überhaupt erst zur Abstimmung.

Ein anderes Beispiel ist das Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz. Das hat die CSU in der letzten Bundesregierung mitgetragen. Ein Bus mit Dieselantrieb ist dabei nicht mehr vorgesehen. Da gibt es nur noch E-Busse und Wasserstoff-Busse. Was ist jetzt mit diesen überteuerten Busflotten im ÖPNV, die mit Wasserstoff betrieben werden sollen? – Das wird alles wieder eingestellt, weil es den Kommunen zu teuer kommt. So unrentabel sind die Busse.

Ich komme zum letzten Punkt Ihres Antrags, zur berechtigten Kritik am Heizungsgesetz. Ich halte das Gesetz für äußerst schädlich für unsere Volkswirtschaft. Eines kann ich Ihnen garantieren: Sollten wir irgendwann einmal in Regierungsverantwortung kommen, dann wird das wieder abgeschafft.

Hier sind Sie auch unglaublich: In Bayern unter der CSU und den FREIEN WÄHLERN wird der Heizungstausch von den Schornsteinfegern kontrolliert. Liebe Kollegen, diese Kontrollpflicht gab es schon vor dem Heizungsgesetz. Sie wissen doch, dass wir gar nicht so viele Handwerker haben, die den Heizungstausch fristgerecht ausführen könnten.

Dafür steht die AfD-Fraktion, seitdem sie hier im Parlament sitzt, oder egal in welchem Parlament sie sitzt: Wir werden für einen intelligenten, wirklich technologieoffenen Energiemix eintreten. Wir kündigen das nicht nur an, wir werden wieder in die Nutzung und die Erforschung modernster und sicherer Kernreaktoren einsteigen. Wir werden neue Kernreaktoren bauen. Deshalb lehnen wir Ihren Schaufensterantrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Regierungsfractionen mit der Überschrift "Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung wiederherstellen" ist mehr als dreist und blendet die Untätigkeit der Staatsregierung in den letzten 13 Jahren komplett aus.

Ich nenne Ihnen drei zentrale Beispiele: Seit dem Jahr 2011 haben die Ministerpräsidenten Seehofer und Söder immer wieder gefordert, dass in Bayern 4.000 Megawatt neue Gaskraftwerke installiert werden sollen. Nach dieser Forderung war die CSU noch zehn Jahre lang in Berlin in der Regierung. Aber was ist passiert? – Es ist nichts geschafft worden. Im Gegenteil: Die bestehenden Planungen in Haiming und in Leipzig wurden in Ihrer Berliner Regierungszeit eingestampft, nicht zu Zeiten der Ampel-Regierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Beispiel: Seit 2013 hat Ministerpräsident Seehofer und mit ihm die gesamte CSU, seit 2018 auch noch in Begleitung der FREIEN WÄHLER, den Ausbau der Windkraft in Bayern mit der 10-H-Regelung blockiert. Das haben wir die letzten Jahre ausgiebig diskutiert. Das war der komplette Einbruch der Windkraft.

Drittes Beispiel: Seit 2014 haben Ministerpräsident Seehofer und Hubert Aiwanger mit Begriffen wie angeblichen Monstertrassen gegen den Ausbau des Stromnetzes und der HGÜ-Leitungen massiv mobilisiert, auch gegen den Widerstand der bayerischen Wirtschaft. Herr Mittag, Sie waren damals noch nicht Mitglied des Landtags. Ich kann mich noch genau an Runden erinnern, in denen ich der einzige war, der pro HGÜ gesprochen hat, die CSU und die FREIEN WÄHLER waren komplett dagegen. Das war die reine Blockade der Energiewende. Wir würden heute ganz anders dastehen, wenn Sie nicht diese desaströse Energiepolitik gemacht hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatssekretärs Sandro Kirchner)

Leider sehen wir heute die Konsequenzen dieser Energiepolitik: steigende Stromimporte. Mittlerweile wird jede vierte Kilowattstunde Strom nach Bayern importiert, Herr Vogel, in den Wintermonaten sogar 50 %, weil Sie die Windkraft und die Stromleitungen blockiert haben. Das macht den Strompreis enorm teuer. Wir haben Redispatchkosten, die nach oben gehen. Wir haben enorme Probleme, den Windstrom in den Süden zu bekommen und den Solarstrom nach Norden. Das ist das Ergebnis Ihrer Blockade. Die HGÜ-Leitungen wären schon lange fertig, hätten Sie nicht auf Stopp gedrückt.

(Michael Hofmann (CSU): Sind die Leitungen schon an der bayerischen Grenze angekommen?)

Herr Mittag, da können Sie lächeln. Aber das sind doch die Tatsachen. Die Strompreise sinken jetzt wieder, dank der Ampel-Regierung und dank des starken Ausbaus der Erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

In dieser Situation, obwohl Sie in den letzten Jahren die bayerische Stromversorgung wirklich so massiv an die Wand gefahren haben, dass es gar keine Beispiele mehr gibt, fordern Sie die Regierung in Berlin auf, den bayerischen Karren, den Sie so tief in den Dreck gefahren haben, wieder herauszuziehen. Sie stellen sich daneben und machen gar nichts. Der ganze Antrag enthält keinen einzigen Punkt, mit dem Sie zeigen, das leisten wir in Bayern. Das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen viel Geld in die Kernfusionsforschung investieren. Sie sind geblendet von einem Erfolg in Großbritannien, wo mit einem gewaltigen Energieaufwand – bis heute ist nicht bekannt, wie viel in den Versuch eigentlich hineingesteckt wurde – 20 Kilowattstunden Strom bei der Kernfusion herauskamen. Alle Fachleute sagen, die nächsten zwanzig Jahre wird die Kernfusion keine Rolle spielen. Das ist auch nicht drama-

tisch; denn das ist wirklich eine Zukunftstechnologie. Sie sagen aber, das soll in der Kraftwerksstrategie der Ampel-Regierung eine entscheidende Rolle spielen. Ich denke, Sie wissen, dass die Kraftwerksstrategie für die nächsten zehn Jahre angelegt ist. Sie sind so weit von jeglicher Realität im Energiebereich entfernt, dass man sagen muss, eigentlich braucht man mit Ihnen nicht mehr zu diskutieren. Das ist wirklich schade; denn Bayern hat ein enormes Potenzial. Aber so ein Antrag, in dem Sie sieben platte Wunsch-Dir-Was-Stichpunkte aufs Papier schreiben, um kein anderes Wort zu verwenden, ist wirklich in keiner Weise dienlich, sondern schadet dem ganzen Prozess.

(Zuruf des Staatssekretärs Sandro Kirchner)

Minister Aiwanger hat letzten Dienstag in seiner Pressekonferenz wirklich nichts gesagt, sagt dann aber, die tausend Windräder bis 2030 wollen wir nicht mehr bis 2030 in Betrieb nehmen, sondern wir wollen sie auf den Weg bringen. Sie bremsen jetzt sogar noch Ihre eigenen Ziele aus, die eh minimal sind. Da kann man nur sagen: Unglaubwürdiger als Ihr Gebaren geht es nicht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig.
– Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Christiane Feichtmeier.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Ihrem Antrag fordern Sie die Staatsregierung auf, ihren Einsatz für die Gewährleistung einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung fortzusetzen. Aber auch die Bundesregierung muss Ihrer Meinung nach mit einer Reihe von energiepolitischen Maßnahmen handeln, um die Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung wiederherzustellen.

Hierzu möchte ich auf folgende Punkte eingehen. Der Bund hat gehandelt und sich im Sommer auf Eckpunkte für ein Kraftwerkssicherheitsgesetz geeinigt. Die neue Kraft-

werksstrategie soll den Rahmen für Investitionen in moderne, hochflexible und klimafreundliche Gaskraftwerke schaffen, die in der Lage sind, zukünftig mit Wasserstoff betrieben zu werden.

Im Mittelpunkt der neuen Strategie steht auch die Versorgungssicherheit. Der Kohleausstieg bis 2030 soll durch den Bau neuer wasserstofffähiger Gaskraftwerke kompensiert werden; diese sollen zwischen 2035 und 2040 vollständig auf Wasserstoff umgestellt werden können. Dazu arbeitet die Bundesregierung derzeit am Ausbau eines nationalen Wasserstoffkernnetzes für den Transport des Wasserstoffs zu den entsprechenden Einsatzorten. Auch Vertreter der Energiebranche haben positiv auf die geplante Kraftwerksstrategie reagiert, so zum Beispiel der Chef des Stromnetzbetreibers 50Hertz Stefan Kapferer, der sagte, der Gordische Knoten sei durchgeschlagen worden, dies sei eine gute Nachricht für die Energiewende und für eine zuverlässige Stromversorgung.

Die Bundesnetzagentur rechnet mit einer deutlichen Beschleunigung beim Ausbau des Stromübertragungsnetzes; sie gehen nach 904 neu genehmigten Kilometern im Jahr 2023 für das laufende Jahr von 1.872 und für das kommende Jahr von 1.607 Kilometern aus. Dies würde vor allem beim Ausbau der Höchstspannungstrassen Ultra-net, SuedLink und SuedOstLink helfen. Wesentliche Treiber sind laut "Spiegel" die Beschleunigungsgesetze der Koalition; sie ermöglichten es den Behörden, die Verfahren zu bündeln und weniger Alternativrouten zeitaufwendig prüfen zu müssen.

Die Anzahl der jährlich neu installierten Batteriespeicher in Deutschland stieg in den letzten Jahren rasant an. Ende des Jahres 2023 waren es über 1,1 Millionen Batteriespeicher, wovon fast 50 % allein im Jahr 2023 zugebaut wurden.

Zum Gebäudeenergiegesetz noch: Im Grundsatz war das Gesetz wichtig, da auf Gebäude mehr als 30 % des Energieverbrauchs in Deutschland entfallen. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens wurden einige Verbesserungen vorgenommen; zum Bei-

spiel darf für eine Übergangsfrist von fünf Jahren auch eine Heizung eingebaut werden, die nicht die Vorschriften des GEG erfüllt.

Alles in allem: Wir als SPD-Fraktion lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Feichtmeier. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER Herr Kollege Josef Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es diesen Antrag nicht geben würde, müsste man ihn noch stellen. Er ist dringend nötig. Man kann das auch belegen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Herr Stümpfig, es freut mich, dass Sie so gut drauf und so emotional sind, wie wir gerade gehört haben. Aber den Bereich Biogas haben wir hier schon ein paarmal thematisiert. Das ist tatsächlich eine offene Flanke der Ampel-Regierung. Von Wirtschaftsminister Habeck gibt es nur Lippenbekenntnisse. Die ganze Branche – Sie waren dabei – hat große Hoffnungen in ihn gesetzt. Bis jetzt gibt es noch nichts Greifbares. Am 1. Oktober war Ausschreibung. Es wird wieder drei Monate dauern – früher waren das mal vier Wochen –, bis wir die Ergebnisse bekommen. Die Ergebnisse werden katastrophal sein und wiederum das Todesurteil für viele. Ausschlaggebend ist – das hat das Bundeswirtschaftsministerium nicht auf dem Radar – die Grundlastfähigkeit. Nach wie vor gibt es eine Dunkelflaute. Woher kommt die Energie? – Aktuell kommt sie aus fossilen Energieträgern. Diesen Schuh müssen Sie sich als GRÜNE anziehen, ob Ihnen das passt oder nicht.

Es geht aber weiter. Im Jahr 2022 ist tatsächlich über eine Abwicklung der kleinen Wasserkraft gesprochen worden. Insgesamt liefert die Wasserkraft in Bayern rechnerisch Strom für rund vier Millionen Haushalte. Es gibt über 4.000 kleine Wasserkraftwerke, zum Teil sind sie über hundert Jahre alt. Hier hätte tatsächlich eine Stilllegung

der vielen kleinen dezentralen Wasserkraftwerke gedroht. Wir haben das Gott sei Dank verhindert. Statt einer Stilllegung braucht es ökologischen Umbau, aber so, dass die Wasserkraftwerke wirtschaftlich sein können. Wenn ein kleines Wasserkraftwerk mit einer Leistung von 3, 4 oder 5 kW eine Fischtreppe für 70.000 Euro oder mehr braucht, wird diese Wasserkraftanlage zugesperrt. Das ist doch ganz klar. Niemand macht das ehrenamtlich. Jeder ist ein Unternehmer.

Was die Bundesregierung auch überhaupt nicht oder viel zu wenig auf dem Radar hat, ist einfach, dass bei den erneuerbaren Energien die Leistung, die Netze und die Speicher zusammenpassen müssen. In Bayern haben wir eine bayerische Speicherstrategie.

Wo taucht der Wasserstoff auf? – Wir waren vor 14 Tagen im Rahmen einer Delegationsreise eine ganze Woche in Paris, Madrid und Sevilla. Wir trafen Macher aus der Wirtschaft, Tankstellenbauer, Menschen aus der Lkw-Branche usw. usf. – Es ist hochinteressant, wie weit die in Frankreich, besonders aber in Spanien, in Madrid, sind. Die geplante Pipeline nach Deutschland ist durchaus in der Pipeline.

Die diesbezüglichen Signale aus Berlin sind schlecht. Da taucht das Henne-Ei-Problem auf: Lkw-Hersteller wie MAN investieren nicht in Wasserstofffahrzeuge, weil es keine Infrastruktur gibt. Es gibt keine Infrastruktur, weil es keine Wasserstoff-Lkw gibt. Hier wäre das Bundeswirtschaftsministerium gefordert, eine Förderung aufzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Das Gegenteil ist der Fall. Die Signale aus Berlin sind so kontrovers und so irrsinnig, dass sich niemand traut. Das ist die Wahrheit. Wir müssen den Sonnenstrom der Freiflächen-PV-Anlagen in den Winter, in den Dezember, in den Januar bringen. Das ist die Hausaufgabe, die die Ampel-Regierung machen müsste.

Ich sage Ihnen auch eines zur Abschöpfungsdebatte, die die Ampel im Jahr 2022 auf Kosten der erneuerbaren Energien, der Windräder, der Biogasanlagen, der Freiflä-

chen-PV angeleiert hat. Es ist dann nicht so krass gekommen, wie ihr gemeint habt, aber bei den größeren Anlagen durchaus.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Ist doch alles nicht gekommen!)

Was ist das für ein Signal für einen Unternehmer, einen Investor! – Wenn es schlecht läuft, dann ist das meine Sache. Wenn es gut läuft, dann kommt die Bundesregierung und schöpft meine Gewinne ab. Das ist natürlich für jeden Unternehmer, der unternehmerisch denken muss, ein Horror. Das unternehmerische Denken geht der Ampel-Regierung und insbesondere BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eben ab.

Unser Antrag ist wichtig und richtig. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Lausch. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt Zustimmung.

Wer dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion und von der Fraktion FREIE WÄHLER zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten Wahlen eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags sowie eines Schriftführers bekannt und komme zunächst zur Wahl eines Vizepräsidenten – Tagesordnungspunkt 5: Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 163 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Ferdinand Mang entfielen 29 Ja-Stimmen und 132 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten

haben sich 2 Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Ferdinand Mang nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – Tagesordnungspunkt 6 – bekannt: Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 162 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Matthias Vogler entfielen 28 Ja-Stimmen und 131 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Matthias Vogler nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind damit erledigt.